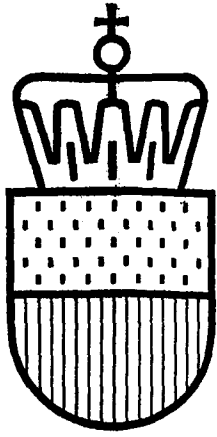


Liechtensteiner Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan



des Fürstentums Liechtenstein

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Postamtlich bestellt: jährlich Fr. 33.—, halbjährlich Fr. 16.50. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Telefon 075/221 43, Postcheckkonto IX 2988 SG. Redaktion: Vaduz, Telefon 075/213 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan FL.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 9 Rp. 23 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 11 Rp. 25 Rp.
Schweiz 12 Rp. 27 Rp.
Uebrigtes Ausland 14 Rp. 31 Rp.

Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG. St. Gallen, Telefon 071/22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Samstag, 2. Juni 1962

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

96. Jahrgang — Nr. 85

Integrationsgespräche in kritischer Phase

Von Dr. Herbert Kleinschmidt

Mit dem 6. Ministertreffen zwischen der EWG, der «Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft», und Grossbritannien am 11. und 12. Mai in Brüssel - bei dem übrigens die deutsche Bundesrepublik als einziges Land unschicklicherweise nur durch einen Staatssekretär vertreten war - sind die englischen Beitrittsverhandlungen in eine neue und, wie es scheint, inhaltlich-kritische Phase getreten. Dabei spielen ganz offensichtlich wirtschaftliche Fragen, wie Zölle und Kontingente, über die man sich mit einigem guten Willen rasch verständigen könnte, eine weit unwichtigere Rolle als die grosse Politik im Hintergrund. Die dilatorische und eher intransigente Taktik gegenüber dem Vereinigten Königreich ist in erster Linie de Gaulles ambitionösen Wünschen, die von Adenauer weitgehend sekundiert werden, zuzuschreiben. Während Kennedy und Macmillan ein ökonomisch, politisch und militärisch festgefügt Westeuropa unter vorwiegend angelsächsischer Führung anstreben, um die transatlantische Solidarität zu vertiefen und zu festigen, zielt der französische Staatschef auf eine Vorrangstellung seines Landes innerhalb der EWG und eine lockere europäische Staatenvereinigung hin. Ausserdem neidet er den Briten die amerikanischen Nuklearwaffen-Unterstützung, die er selbst nicht erhält, und möchte nun eine französische Gleichstellung erzwingen. Mit anderen Worten, er versucht sein «Ja» zur EWG-Partnerschaft Grossbritanniens von der Bildung eines westlichen Dreierdirektoriums und einer Atom-Entente unter Einbeziehung Frankreichs abhängig zu machen. Deshalb ist die letzte Ministerkonferenz für den Ausbau der EWG und das weitere Schicksal Europas auch weniger gravierend gewesen, als es die Ergebnisse der in Kürze stattfindenden Besprechungen zwischen de Gaulle und Macmillan, zwischen Macmillan und Adenauer sowie zwischen Adenauer und de Gaulle sein werden. Immerhin ist man auch in Brüssel einen Schritt weiter gekommen. England hat sich bereit erklärt, die Commonwealth-Präferenzen bei der Einfuhr von Industrieerzeugnissen aus Kanada, Australien und Neuseeland stufenweise abzubauen und den gemeinsamen Aussezzolltarif der EWG - wenn auch unter gewissen Vorbehalten - zu akzeptieren. Obendrein haben sich beide Kontrahenten jetzt bereits gegenseitige Zollzugeständnisse gemacht, die ein Austauschvolumen im Werte von reichlich 2 Millionen Franken umfassen. Sofern die angeordneten Begegnungen der Regierungschefs positiv verlaufen, hofft man, im Herbst die konkreten Beitrittsverhandlungen beginnen zu können.

Die übrigen Ansuchen kommen nur langsam in Fluss. Mit Irland, das bereits 1960 einen Beitrittsantrag stellte, fanden endlich erste informativische Expertengespräche statt, die aber noch keine Klärung brachten, während die Verhandlungen mit Dänemark auf Juli verschoben wurden. Als vierter Staat ersuchte Norwegen Anfang Mai um Besprechungen über seine Aufnahme in die EWG als Vollmitglied. Ein einleitender Gedankenaustausch ist ebenfalls für Juli in Aussicht genommen. Obwohl sich die norwegische Regierung uneingeschränkt zu den Zielen der Römer Verträge bekennt, werden sich im Hinblick auf die wirtschaftliche und geographische Lage des Landes eine Reihe schwieriger Probleme, die namentlich das Niederlassungsrecht und den Kapitalverkehr betreffen, - Norwegen ist noch nicht zur Vollkonvertibilität seiner Währung übergegangen - ergeben. Auch die Einbeziehung der Fischerei, die zu den wichtigsten Erwerbszweigen des Landes gehört, in die gemeinsame Agrarpolitik wird neue und nicht leicht zu lösende Streitfragen auslösen.

Inzwischen sind auch die drei Neutralen - Oesterreich, Schweden und Schweiz - vom Ministerrat eingeladen worden, zu einem spä-

ter noch zu fixierenden Termin ihre Antragsabsichten darzulegen. Das «Hearing» der Neutralen bedeutet aber noch keineswegs den Beginn von Aufnahmeverhandlungen, sondern soll ihnen lediglich Gelegenheit zur Begründung ihrer Assoziierungsanliegen geben. Die Gespräche werden also geprüft und nicht a priori negativ präjudiziert, wie es von einer Reihe uneinsichtiger, westlicher Politiker gefordert worden war. Im übrigen entspricht die Einladung den Wünschen der neutralen EFTA-Staaten, der neutralen Länder der «Kleinen Freihandelszone», die auf ihrer Mai-Konferenz in Stockholm den ausdrücklichen Willen bekundet hatten, ihr Verhandlungsziel der EWG vorzutragen. Obendrein bestätigten sie bei dieser Gelegenheit nochmals ihre Absicht, vom gleichen Zeitpunkt an wie ihre übrigen EFTA-Partner an dem integrierten Markt teilzunehmen.

Trotzdem lässt sich nicht leugnen, dass den Neutralen eine äusserst schwierige und ungewisse Verhandlungsphase bevorsteht, zumal Washington in letzter Zeit seine ablehnende Haltung gegen die Assoziierungsform der Neutralen nicht revidiert, sondern mit Rücksicht auf Kennedys Aussenhandelsplan, der bekanntlich einerseits eine intensivere Zusammenarbeit mit der EWG und andererseits eine Ausweitung des Welthandels im Rahmen des GATT vorsieht, eher noch verhärtet hat. Die Amerikaner betrachten eine fest gefügte politische Integration Europas - im Gegensatz zu einer losereren Assoziierung - heute bereits als unerlässliches Instrument und Fundament ihrer Weltpolitik. Den gleichen, für die Assoziationsabsichten der Neutralen nicht günstigen, Aspekt ist übrigens auch der österreichische Bundeskanzler Gorbach bei seinen jüngsten Besprechungen mit Präsident Kennedy und Unterstaatssekretär Ball begegnet. Auf einer anschliessenden Pressekonferenz konnte er seine Enttäuschung darüber kaum verbergen.

Die grosse Integrationsdebatte während der Frühjahrssession des Europarates ist dagegen für die Neutralen vorteilhafter verlaufen, als nach einer bissigen Replik des belgischen Aussenministers Spaak auf ihre Vorbehalte anzu-

nehmen war. Die sachlichen Argumente einer Reihe Redner aus allen Lagern, die unter Betonung der gesamteuropäischen Berufung des Europarates einen Ausgleich zwischen den unteilbaren Erfordernissen der EWG und den Neutralitätsstandpunkten der drei EFTA-Staaten forderten, wurden nicht überhört. In der Schlussresolution gab die Versammlung denn auch einstimmig dem Wunsche Ausdruck, dass ein «für alle drei Neutrale gültiges Assoziations-system gefunden werde, in das die individuelle Regelung besonderer Probleme für jedes der drei Länder eingebaut werden könne.» Das ist, alles in allem, nicht viel Erspriessliches, und die heterogenen Einflüsse lassen eher noch eine Zunahme der Integrationshemmnisse befürchten.

Erfreulich ist, dass der Ministerrat am 15. Mai definitiv der zweiten zusätzlichen Herabsetzung der Zölle zustimmte. Der Abbausatz wird am 1. Juli in Kraft treten und für Industriegüter im Binnenverkehr der Gemeinschaft wieder 10% ausmachen. Damit senkt sich das gewerbliche Zollniveau auf 50% seines Ausgangsstandes von 1957. Im Agrarsektor, in dem die Zollreduktion bisher zwischen 30 und 35% schwankte, wird eine Angleichung an 35% herbeigeführt. Für Produkte, die ab 1. Juli den Abschöpfungsregelungen im Rahmen gemeinsamer Agrarpolitik unterliegen, entfallen die Zölle. Damit werden sie jedoch für die Konsumenten keineswegs billiger - aber das ist nur eine der mancherlei Antinomien, der wir in dem EWG-Gebilde immer wieder begegnen.

Der Wunsch Spaniens nach engerer Zusammenarbeit mit der EWG wurde vom Europarat mit dem Bemerkten verworfen, dass «nicht an politische Bindungen mit Spanien zu denken sei, solange dort nicht gewisse konstitutionelle Änderungen», d. h. demokratische Reformen, durchgeführt würden. Die Zurückweisung war schon früher mehrfach von sozialistischen Abgeordneten verlangt worden und fand nun, wohl unter dem Eindruck der seit Anfang Mai anhaltenden Streikbewegung, einhellige Zustimmung.

Die für Spanien ungewöhnliche Arbeitsniederlegung begann in den Gruben von Asturien und breitete sich rasch in Form von Sympathie-kundgebungen auf andere Industriegebiete aus. Aeusserlicher Anlass des Streiks war eine For-

Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Kulturelles Holzbein wird abgestossen

Liechtenstein hat viele Beine, gesunde und andere. (Unser Dialekt kennt erstaunlicherweise nur Füsse). Einzelne Beine wachsen sprunghaft (Wirtschaft, Bodenpreise, Wohlstand usw.). Das Stiefkind unter all diesen Beinen, bis heute ein Holzbein, das kulturelle Leben, soll nun auch seinen Platz an der Sonne erhalten. Die Fürstliche Regierung hat in verdienstlicher Weise einen Kulturbeirat ins Leben gerufen. Den Mitgliedern dieser Kommission wünschen wir viel Arbeit und wenig Angst vor neuen Ideen.

CETERUM

derung auf Erhöhung der Tageslöhne von 125 auf 160 Peseten - das sind etwa 11.50 Franken. Als sie schon nahezu von der Regierung bewilligt worden war, verlangten die Arbeitnehmer auch eine Neuregelung der Zuschläge für absolvierte Dienstjahre, die jedoch abgelehnt wurde. Die Lohnfrage dürfte aber nur ein Bestandteil der Auseinandersetzung sein, während im Hintergrund unkontrollierbare politische Motive schweben. Inzwischen hat sich die Zahl der Streikenden auf rund 85 000 erhöht und droht, die gesamte Industrie des Landes, soweit sie von der Kohleversorgung abhängig ist, allmählich lahmzulegen. Die Aktion nimmt überdies zusehends den Charakter eines verbissenen, aber gewaltlos geführten Machtkampfes an, der jetzt auch die offene Unterstützung der Kirche gefunden hat. Nachdem katholische Priester bereits in ihren Predigten den Streik als legitimes Mittel zur Durchsetzung von Lohnforderungen anerkannt hatten, hat der Bischof von Vitoria die Regierung zur Einschränkung ihrer Ausgaben und zu sofortigen Reformmassnahmen aufgerufen. Die Arbeiter hätten Anspruch auf ein gerechtes Entgelt, meinte er, mit Mindestlöhnen sei ihnen nicht gedient. Der Ausgang des harten Ringens ist zwar noch nicht abzusehen, auf alle Fälle wird er aber einige Risse in der Diktatur Francos hinterlassen.

Fürstentum Liechtenstein

Pressespiegel

In ihrer Ausgabe vom 30. Mai veröffentlichte die schweizerische Handelszeitung eine Sonderbeilage über Liechtenstein. Die Publikation ist mit einem Vorwort von Seiner Durchlaucht Fürst Franz Josef und einer Einleitung von Regierungschef Alexander Frick, sowie Bundesrat Schaffner versehen. Ausserdem sind Beiträge von den Herren Dr. Andreas Thommen, St. Gallen und Dr. Emil Heinz Batliner, Vaduz enthalten. Für die gelungene graphische Gestaltung zeichnet das Reklamebüro Dätwyler & Frey, Vaduz. Wir werden über diese Sonderbeilage in einer unserer nächsten Ausgaben näher berichten.

Balzers: Für unsere Brüder...

Im Stillen ist in Balzers eine Aktion gewachsen, die unsere in der Fremde wirkenden Missionare unterstützen und den Andersfarbigen in Afrika praktische Hilfe bringen soll. Entwicklungshilfe, wo jeder Rappen ans richtige Ort kommt, ohne Lohn in emsigem Wirken übergeben und vermittelt - durch unsere Missionare und Laienbrüder. In den letzten Jahren entstand in der Schweiz die Aktion der Brücke. Drei Arbeiter in der Firma Saurer in Arbon begannen Rappen zusammenzutragen und beim Zahltag zu sammeln. Die Aktion hat sich nun über die ganze Schweiz ausgedehnt und hat bereits Millionenbeträge für die Mis-

Liechtensteinischer Verbandsfeuerwehrtag in Triesenberg

Zum liechtensteinischen Feuerwehrtag in Triesenberg entbieten wir den Vertretern der Hohen Regierung, der Gemeindevorsteherung, den Experten, sowie allen Ehrenmitgliedern, Ehrengästen und Gästen herzlichen Willkommgruss. Nicht weniger herzlich möchten wir die Kameraden aus den Gemeinden unseres Landes, sowie aus der benachbarten Schweiz und Vorarlberg in unserer Mitte begrüssen.

Freiwillige Feuerwehr Triesenberg

Festordnung

Samstag, den 2. Juni 1962

20.00 Uhr gemütliches Festtreiben auf dem Festplatz
Konzert der Harmoniemusik Triesenberg

Sonntag, den 3. Juni 1962

5.00 Uhr Weckruf
11.00 Uhr Obmänner-Versammlung im Gasthaus Kulm
11.00 bis 11.30 Uhr Sammlung der Sektionen und der auswärtigen Vereine auf dem Festplatz
12.00 Uhr Beginn der Uebungen in drei Abteilungen
14.00 Uhr Aufstellung zum Festumzug und Abmarsch zum Festplatz
Anschliessend auf dem Festplatz Begrüssung durch Gemeindevorsteher Johann Gassner und Darbietungen der Ortsvereine, Ansprache vom Vertreter der Fürstlichen Regierung, Ehrung der Jubilare durch den Verbandsobmann, nachher kameradschaftliches Beisammensein.
Abends Tanz auf der Festbühne
Bei schlechter Witterung wird der Feuerwehrtag auf den 10. Juni verschoben.
Auskunft erteilt Telefon 075/2 23 33